## S 5 RJ 869/97

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

6

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 5 RJ 869/97 Datum 06.08.1998

2. Instanz

Aktenzeichen L 6 RJ 566/98 Datum 28.10.2003

3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts Landshut vom 6. August 1998 wird zur $\tilde{A}^{1}\!\!/_{\!4}$ ckgewiesen.
- II. Die Beklagte hat dem Kläger die notwendigen auÃ∏ergerichtlichen Kosten auch des Berufungsverfahrens zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

## Tatbestand:

Zwischen den Beteiligten ist streitig, ob die Beklagte zu Recht ein  $\tilde{A}\frac{1}{4}$ berzahltes  $\tilde{A}$  bergangsgeld in H $\tilde{A}$ ¶he von insgesamt 5.680,51 DM zur $\tilde{A}\frac{1}{4}$ ckfordern darf.

Mit Bescheid vom 27.09.1993 hatte die Beklagte dem Kläger ab 23.02.1993 Rente wegen Berufsunfähigkeit gewährt.

Mit Bescheiden vom 28.06.1995 und 29.06.1995 bewilligte die Beklagte dem Kl $\tilde{A}$  $\times$ ger Leistungen zur beruflichen Rehabilitation gem $\tilde{A}$  $\times$  $\tilde{A}$  $\cap$   $\tilde{A}$  $\times$  $\tilde{A}$  $\times$  $\tilde{A}$  $\cap$  bis 19 Sechstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VI), die in der Zeit vom 24.10.1994 bis 20.12.1994 und vom 06.02. bis 16.08.1995 durchgef $\tilde{A}$  $^{1}$ / $^{4}$ hrt werden sollten. Die Ma $\tilde{A}$  $\cap$ nahme selbst wurde unter der Regie des Arbeitsamtes Landshut durchgef $\tilde{A}$  $^{1}$ / $^{4}$ hrt, das auch f $\tilde{A}$  $^{1}$ / $^{4}$ r

die laufenden Geldleistungen an den Kläger in Vorleistung trat. Die Berechnung des Ã□bergangsgeldes durch die Beklagte erfolgte mit gesondertem Bescheid erst bei Beginn der MaÃ□nahme.

Nachdem der KlÃxger die berufsfÃxrdernde MaÃxnahme zum 01.06.1995 abgebrochen hatte und dies der Beklagten mit Schreiben des Arbeitsamtes Landshut vom 05.07.1995 mitgeteilt worden war, bewilligte die Beklagte mit Bescheid vom 19.09.1995 x0 bergangsgeld x4x7 die Zeiten vom 24.10.1994 bis 20.12.1994 und vom 06.02.1995 bis 01.06.1995. In diesem Bescheid teilte die Beklagte unter Zahlungshinweisen mit, dass die Auszahlung des festgestellten x1 bergangsgeldanspruchs bis zur Bekanntgabe eines Erstattungsanspruches des Arbeitsamtes Landshut (das in Vorleistung getreten war) einbehalten werde.

Anschlie $\tilde{A}$  end sandte die Beklagte dem Kl $\tilde{A}$  ger eine "Abrechnung  $\tilde{A}$  ber zustehendes  $\tilde{A}$  bergangsgeld" am 26.10.1995, darin wird f $\tilde{A}$  den Zeitraum vom 06.02.1995 bis12.10.1995 ein Gesamtbetrag von 12.036,31 DM ausgewiesen und mitgeteilt, dass davon an das Arbeitsamt Landshut 6.355,80 DM zu  $\tilde{A}$  berweisen seien. Dem Kl $\tilde{A}$  ger stehe demnach ein Restbetrag von 5.680,51 DM zu. Dieser Betrag werde auf das angegebene Konto des Kl $\tilde{A}$  gers  $\tilde{A}$  berwiesen.

Nachdem der Betrag bereits auf dem Konto des Klägers eingegangen war, verständigte die Beklagte am 17. November 1995 tele- fonisch den Kläger davon, dass der an ihn überwiese Betrag in Höhe von 5.680,51 DM zu Unrecht ausbezahlt worden sei und von ihm zurückgefordert werde.

Mit Schreiben vom 08.12.1995 hörte die Beklagte den Kläger hier- zu gemäÃ∏ § 24 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) an. Das mit Bescheid vom 19.09.1995 festgestellte ̸bergangsgeld sei aufgrund des Ersatzanspruches des Arbeitsamtes Landshut in voller Höhe dem Arbeitsamt auszuzahlen. Der Ã∏bergangsgeldanspruch habe bereits am 01.06.1995 geendet. Das fýr die Zeit bis 12.10.1995 festgestellte ̸bergangsgeld sei aufgrund eines "technischen Fehlers" an ihn ausbezahlt worden. Er habe daher 5.680,51 DM zu Unrecht erhalten. Es sei beabsichtigt, diese zurýckzufordern.

Den dagegen eingelegten Widerspruch wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 7. Juli 1997 zurĽck. Es sei dem KlĤger mit Bescheid vom 19.09.1995 lediglich bis 01.06.1995 Ä $_{\Box}$ bergangsgeld bewilligt worden. Mit der am 26.10.1995 erstellten Abrechnung des Ä $_{\Box}$ bergangsgeldes bis 12.10.1995 sei eine Ä $_{\Box}$ berzahlung entstanden, die gemĤÄ $_{\Box}$   $_{\Box}$   $_{\Box}$   $_{\Box}$   $_{\Box}$  i.V.m.  $_{\Box}$   $_{\Box}$   $_{\Box}$   $_{\Box}$  zurÄ $_{\Box}$   $_{\Box}$  ckgefordert werde. Der KlĤger habe erkennen mÄ $_{\Box}$   $_{\Box}$  nicht zugestanden habe. Dennoch habe er es

unterlassen, die vom Bewilligungsbescheid abweichenden Zahlungen durch Rýckfrage bei der Beklagten zu klären. Der Kläger habe deshalb zumindest grob fahrlässig gehandelt und hätte nicht auf die RechtmäÃ $\square$ igkeit der Abrechnung vertrauen dýrfen. Auch die ýbrigen in  $\frac{2}{4}$ 45 SGB X genannten Voraussetzungen fýr eine Rýckforderung des  $\frac{2}{4}$ 4berzahlten Betrages seien gegeben.

Dagegen hat der KlĤger zum Sozialgericht Landshut Klage erhoben. Das Sozialgericht hat mit Urteil vom 06.08.1998 den Bescheid vom 10.01.1996 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 07.07.1997 aufgehoben. Die Beklagte sei nicht berechtigt gemĤÄ∏ <u>§ 45 SGB X</u> die aus Verschulden der Beklagten rechtswidrige Ä∏berzahlung zurĽckzufordern.

Dagegen hat die Beklagte Berufung eingelegt. Auch wenn die  $\tilde{A} \square$  berzahlung ausschlie $\tilde{A} \square$  lich aufgrund fehlerhafter Sachbearbeitung entstanden sei, sei sie dennoch berechtigt, diese zur $\tilde{A} / 4$ ckzufordern.

Der Klåger weist dagegen darauf hin, dass ungeachtet der Frage, ob er vor Erteilung des Rückforderungsbescheides ordnungsgemäÃ∏ angehört worden sei, er einen Vertrauensschutz des <u>§ 45 Abs.2 Satz 1 SGB X</u> genieÃ∏e. Die ̸berzahlung sei allein aus unsachgemäÃ∏er Bearbeitung der Beklagten entstanden, damit ausschlie Allich auf das Verschulden eines Bediensteten der Beklagten zurļckzufļhren. Der KlĤger habe die Rechtswidrigkeit der Abrechnung nicht erkennen kA¶nnen und deshalb auch auf die Richtigkeit der Entscheidung vertrauen dürfen. Es sei ihm noch am 18.07. 1995 â□ also, nachdem er die Ma̸nahme bereits sieben Wochen vorher abgebrochen hatte â∏∏ der Bewilligungsbescheid vom 29.06.1995 fÃ1/4r eine neunmonatige ambulante praxisorientierte MaÃ⊓nahme bis voraussichtlich 16.08.1995 zugestellt worden. Mit weiterem Bescheid vom 19.09.1995 sei ihm der A\(\text{D}\)bergangsgeldanspruch bis 01.06.1995 der HA¶he nach mitgeteilt worden. Er habe aufgrund der Inhalte der ihm zugesandten Entscheidungen deren Fehlerhaftigkeit nicht feststellen kĶnnen. Er genie̸e daher vorrangigen Vertrauensschutz gemäÃ∏ <u>§ 45 Abs.2 Satz 1 SGB</u> X. Die ̸berzahlung dürfe daher nicht zurückgefordert werden.

Die Beklagte beantragt, das Urteil des Sozialgerichts Landshut vom 06.08.1998 aufzuheben und die Klage abzuweisen.

Der KlĤger beantragt, die Berufung der Beklagten zurļckzuweisen.

Beigezogen waren die Akten der Beklagten und die des Sozialgerichts Landshut, auf deren Inhalt sowie auf den Inhalt der Berufungsakten zur ErgĤnzung des Tatbestandes Bezug genommen wird.

## Entscheidungsgründe:

Die form- und fristgerecht eingelegte Berufung der Beklagten ist zul $\tilde{A}$ xssig, sachlich ist sie jedoch nicht begr $\tilde{A}$ 4ndet, weil sie nicht berechtigt ist, die entstandene  $\tilde{A}$ berzahlung zur $\tilde{A}$ 4ckzufordern.

Auch wenn der Senat entgegen den Ausführungen im Urteil des Sozialgerichts Landshut davon ausgeht, dass das Anhörungsverfahren der Beklagten den Anforderungen des § 24 Abs.1 SGB X genügte, so ist die Entscheidung des Sozialgerichts dennoch nicht zu beanstanden. Im Rahmen der Anhörung sind den Betroffenen alle entscheidungserheblichen Tatsachen mitzuteilen, auf die die Behörde ihre Entscheidung stützen will oder auf die es nach ihrer materiellrechtlichen Ansicht objektiv ankommt (vgl. BSG SozR 3-1300 § 24 SGB X Nr.4). Dies hat die Beklagte nach Ansicht des Senats auch getan. Das Anhörungsschreiben der Beklagten vom 08.12.1995 enthÃxlt alle Tatsachen, auf die sich die Beklagte bei der Subsumtion des Sachverhalts unter Voraussetzungen der Rückforderung gemÃxÃ∏ § 45 SGB X stützt. Die Anforderungen des § 24 SGB X sind nicht dadurch verletzt, dass eine Behörde einen rechtserheblichen Gesichtspunkt übersieht oder die falschen Schlüsse zieht (BSG SozR 3-1300 § 24 SGB X Nr.9).

Dennoch ist die Beklagte nicht berechtigt, die Ã□berzahlung gemäÃ□ § 50 Abs.2 i.V.m. § 45 SGB X vom Kläger zurýckzuverlangen. Unstreitig hat die Auszahlung des ̸bergangsgeldes für die Zeit ab 02.06.1995 den Kläger rechtswidrig für die Vergangenheit begünstigt. Es sind deshalb die Vorschriften des § 45 SGB X auf die Rückforderung anzuwenden. GemäÃ∏ § 45 Abs.4 SGB X darf die für die Vergangenheit geleis- tete Zahlung nur dann zurļckgenommen werden, wenn sich der begÃ1/4nstigte Versicherte nicht auf das Vertrauen in die Richtigkeit der Entscheidung der Beklagten berufen kann. Dies ist dann der Fall, wenn er den Verwaltungsakt durch arglistige TAxuschung, Drohung oder Bestechung erwirkt hat oder der Verwaltungsakt auf Angaben beruht, die der Begünstigte vorsätzlich oder grobfahrlÄxssig in wesentlicher Beziehung unrichtig oder unvollstÄxndig gemacht hat oder er die Rechtswidrigkeit des Verwaltungsaktes kannte oder infolge grober FahrlÃxssigkeit nicht kannte; grobe FahrlÃxssigkeit liegt vor, wenn der Begünstigte die erforderliche Sorgfalt in besonders schwerem MaÃ∏e verletzt hat. Während die beiden erstgenannten Alternativen offensichtlich zur Begründung eines RÃ1/4ckforderungsanspruch nicht in Frage kommen, liegt auch die dritte Alternative, die zur Begründung der Rückforderung von der Beklagten herangezogen worden ist, nicht vor. Dabei ist der gesamte zugrundeliegende Sachverhalt zu berļcksichtigen. Der KlĤger hat von der Beklagten eine Leistung erhalten, die im Wege der Vorleistung in Zusammenarbeit der Beklagten mit dem Arbeitsamt von diesem vollzogen worden ist. Im Rahmen der DurchfA1/4hrung der berufsfördernden MaÃ∏nahmen erhielt der Kläger eine undurchsichtige Abrechnung der Beklagten vom 26.10.1995 mit der ein angeblich zustehendes ̸bergangsgeld teilweise dem Arbeitsamt Landshut und teilweise ihm selbst zustehend festgestellt wird. Vorangegangen war zwar der Feststellungsbescheid der Beklagten vom 19.09.1995 über die Höhe des Ã∏bergangsgeldes vom 24.10. bis 20.12.1994 und vom 06.02. bis 01.06.1995, wieso der KIĤger daraus jedoch zu folgern hätte, dass die Ã∏bergangsgeldabrechnung vom 26.10.1995 rechtswidrig sein sollte oder er nur deshalb dies nicht erkannt hat, weil er in besonderem schweren Ma̸e die erforderliche Sorgfalt verletzt hätte, erschlieÃ∏t sich dem Senat nicht. Aus der Abrechnung vom 26.10.1995 l\tilde{A}\tilde{x}sst sich weder entnehmen, für welche Zeiträume der von der Beklagten festgestellte Gesamtanspruch dem Arbeitsamt noch fýr welche Zeiträume dem Kläger die Zahlung zusteht. Es

bleiben insgesamt alle Möglichkeiten der Deutung offen, so dass sich dem Kläger die Rechtswidrigkeit dieser Abrechnung nicht derart aufdrängen musste, dass ihm grobe Fahrlässigkeit im Sinne einer besonders schweren Verletzung seiner Sorgfaltspflicht vorgeworfen werden kann.

Dementsprechend hat der Kläger erst durch das Telefonat vom 17. November 1995 von der Rechtswidrigkeit der Zahlung Kenntnis erlangt. Dies rechtfertigt jedoch nicht mehr die RÃ⅓cknahme fÃ⅓r die bereits in der Vergangenheit vollzogene Auszahlung, von der der Kläger zum Zeitpunkt der Ã∏berweisung davon ausgehen durfte, dass er sie zu Recht erhalten habe.

Die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts Landshut vom 6. August 1998 war daher zurĽckzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 193</u> Sozialgerichtsgesetz (SGG).

 $Gr\tilde{A}^{1}/_{4}$ nde, die Revision gem $\tilde{A} \cong \tilde{A} \cong \tilde{A}$ 

Erstellt am: 13.04.2004

Zuletzt verändert am: 22.12.2024